

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Donnerstag, 10. März 1983

Blatt 661

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS
ausgesendet:
(grau)

Maßnahmen gegen die Säuglingssterblichkeit

Kommunal:
(rosa)

Nachträglicher Aufzugseinbau: 20 Millionen
genehmigt
Aussichtsterrasse am rechten Donauufer
Veleta zu angeblichem "Giftmüllskandal"
Mayr: Positive Auswirkungen des Sonderbe-
schäftigungsprogramms

Politik:
(rosa)

Gratz: Wirtschaft muß Umweltschutzkosten tragen
Hatzl: ÖVP-Vorschlag würde Mieten verteuern

Lokal:
(orange)

"Gnadenhochzeit" im Festsaal des Rathauses

Termine:
(weiß)

Ballkalender
Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen
Führungen durch das Wiener Rathaus

Nur
über FS:

101. Geburtstag

.....
Bereits am 9. März 1983 über Fernschreiber ausgesendet
.....

Maßnahmen gegen die Säuglingssterblichkeit

Utl.: Verstärkte Zusammenarbeit zwischen Praktikern und
geburtshilflichen Abteilungen

=++++

15 #Wien, 9.3. (RK-KOMMUNAL) Wiens Geburtshilfe und
Schwangerenbetreuung soll mit einer Reihe von Maßnahmen, wie z.B.
eine engere Zusammenarbeit zwischen praktischen Ärzten und den
geburtshilflichen Abteilungen, künftighin verbessert werden. Dies
kündigte Mittwoch Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER
anläßlich eines gemeinsamen Gespräches mit den Primarii der
geburtshilflichen Abteilungen in den städtischen und privaten
Spitälern an.#

Anlaß für dieses Gespräch war die Tatsache, daß die
Säuglingssterblichkeit von 14,1 Promille (1981) auf 15,0 Promille im
vergangenen Jahr - vorläufigen Ergebnissen zufolge - gestiegen ist.
Im Rahmen dieses Gespräches wurde unter anderem auch darüber
diskutiert, ob in den nächsten Jahren die Geburtenziffer in Wien
steigen wird, bzw. ob in diesem Zusammenhang genügend Betten zur
Verfügung stehen werden. Eine diesbezügliche Entwicklungsprognose
wird eine Primärärztegruppe erarbeiten. Außerdem sollen die vor drei
Jahren begonnenen Einzelfallanalysen zur Untersuchung der Ursachen
jeder einzelnen Totgeburt bzw. jedes Todesfalles eines Neugeborenen
innerhalb der ersten Lebenswoche auf alle geburtshilflichen
Abteilungen Wiens ausgedehnt werden. Ferner wird, so Stacher, ein
Modell entwickelt werden, mit dessen Hilfe die Zusammenarbeit
zwischen praktischen Ärzten und den geburtshilflichen Abteilungen
wesentlich verstärkt werden sollen. Mit dieser Maßnahme könnte eine
verbesserte Betreuung der Schwangeren erreicht werden.
Bedauerlicherweise gibt es nämlich noch immer, nach Mitteilung der
geburtshilflichen Abteilungen, Probleme beim Ausfüllen des
Mutter-Kind-Passes. (Schluß) zi/spa

Nachträglicher Aufzugseinbau: 20 Millionen genehmigt

=++++

2 #Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Für den nachträglichen Einbau von aufzügen in älteren städtischen Wohnhausanlagen wurden von der Wiener Landesregierung auf Antrag von Wohnbaustadtrat Johann HATZL kürzlich 20,8 Millionen Schilling genehmigt. Damit ist die Errichtung von 46 Aufzügen sichergestellt.#

Als weiteren Beitrag zur Stadterneuerung genehmigte die Wiener Landesregierung 19 Millionen Schilling für Erhaltungsarbeiten an Privathäusern. 12 weitere Hausbesitzer hatten von der Aktion "Althausmilliarde" Gebrauch gemacht und werden nun die Zinsen- und Annuitätzuschüsse für die Instandsetzung ihrer Häuser erhalten.
(Schluß) ba/ap

NNNN

Aussichtsterrasse am rechten Donauufer

=++++

3 #Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Auf dem rechten Donauufer wird in der Höhe der Kafkagasse eine Aussichtsterrasse mit einem darunter liegenden gastronomischen Betrieb errichtet. Das beschloß der Gemeinderatsausschuß für Stadtplanung in seiner letzten Sitzung.

Das Projekt wird auf dem rechten Donaudamm im Zusammenhang mit dem Donauhochwasserschutz für Wien verwirklicht. Von der Kafkagasse wird ein Steg für Fußgänger und Radfahrer über den Handelkskai und die Donauuferbahn direkt zur Terrasse führen. Unterhalb der Terrasse werden für einen Sommerbetrieb zwei Gasträume, eine Küche, eine Garderobe und Toilettenanlagen untergebracht. Der Bau wird zur Gänze aus Stahlbeton hergestellt. Die bebaute Fläche ist rund 300 Quadratmeter groß. # (Schluß) sc/ko

NNNN

Veleta zu angeblichem "Giftmüllskandal" (1)

=++++

4 #Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Nach der Weisung des Bürgermeisters, keinen Sondermüll mehr aus dem Ausland zu übernehmen, haben die Entsorgungsbetriebe Simmering keine derartigen Produkte mehr aus Schweden importiert. Das erklärte Konsumentenstadtrat Josef VELETA Donnerstag gegenüber der "RATHAUSKORRESPONDENZ". Er wandte sich damit gegen den Vorwurf eines "Giftmüllskandals", von dem Gemeinderat Dr. HIRNSCHALL gesprochen hatte. Übernommene, von den EBS nicht verwertbare chemische Produkte der Planseewerke und der schwedischen Firma Perstorp waren von allem Anfang an - nach vorheriger Rücksprache mit der Firma Lassi - zur Weiterleitung an dieses Unternehmen bestimmt und waren daher auch bei den EBS mit dem Vermerk "Transit" versehen worden. #

Weiter führte Veleta aus, die seinerzeitige Geschäftsführung der Entsorgungsbetriebe Simmering - vor Übernahme des Unternehmens durch die MA 30 - Kanalisation im Juli 1981 - habe am 29. Oktober 1980 und am 28. November 1980 dem schwedischen Betrieb die Übernahme von Sondermüll angeboten. Die Firma Perstorp hat dieses Angebot angenommen und mehrere Lieferungen, zum größten Teil solche, die sich bei den EBS gut verwerten ließen - an die Entsorgungsbetriebe Simmering geliefert.

Die neue Geschäftsführung der Entsorgungsbetriebe Simmering vergewisserte sich vor der Lieferung von chemischen Produkten an die Firma Lassi über das Vorliegen einer Gewerbeberechtigung für dieses Unternehmen, die auch durch einen vom Magistratischen Bezirksamt für den 13. und 14. Bezirk in Wien ausgestellten Gewerbeschein nachgewiesen wurde. Überdies erklärte die Firma Lassi eidesstattlich, "daß sämtliche übergebene Sonderabfälle schadlos beseitigt werden und keinerlei Rückgewinnung erfolgt." Die Leitung der EBS mußte daher davon ausgehen, daß der Firma Lassi als ordnungsgemäß ausgewiesenem Unternehmen die Tragweite der Übernahme von chemischen Produkten zur Beseitigung klar sein mußte. (Forts.) and/ap

Veleta zu angeblichem "Giftmüllskandal" (2)

=++++

5 Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Durch die Forderung nach Einsicht in den Gewerbeschein und zur Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung des Kontrahenten, also der Firma Lassi, haben die Entsorgungsbetriebe Simmering zweifellos alles Ihnen Mögliche unternommen, um für eine nach menschlichem Ermessen gewährleistete schadlose Entsorgung Vorkehrungen zu treffen, sagte Veleta. Als jedoch bekannt wurde, daß die Firma Lassi die für die Entsorgung notwendige Sorgfalt nicht walten läßt, haben die Entsorgungsbetriebe Simmering im Juni 1982 die Geschäftsbeziehungen mit diesem Unternehmen abgebrochen, von dem bis zu diesem Zeitpunkt die Bereitschaft zur Übernahme von Sondermüll allgemein bekannt war.

Zwtl.: Strengere gesetzliche Regelungen notwendig

Angesichts dieser Vorfälle bezeichnete Stadtrat Veleta eine Neuregelung der gewerberechtlichen Vorschriften für Unternehmen, die Sondermüll beseitigen, als vordringlich: Während die Sondermüllbeseitigung derzeit noch Gegenstand eines freien Gewerbes ist und somit sofort nach Anmeldung bis auf Widerruf ausgeübt werden darf, müßte künftig dafür eine Konzession Voraussetzung sein, deren Erteilung an die Erfüllung strenger Bestimmungen zu knüpfen wäre, forderte Stadtrat Veleta. Überdies sollte überlegt werden, die Sondermüllbeseitigung ausschließlich Gebietskörperschaften zu übertragen. Die Tatsache, daß Sondermüllbeseitigung derzeit nicht in der Liste der konzessionierten Gewerbe aufscheint, führte Veleta darauf zurück, daß diese Tätigkeit angesichts eines erhöhten Umweltbewußtseins erst in jüngster Zeit in den Blickpunkt des Interesses getreten ist. (Forts.) and/ap

NNNN

Veleta zu angeblichen "Giftmüllskandal" (3)

Utl.: EBS entsorgen jährlich 45.000 Tonnen Sondermüll

=++++

6 Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Weiter erklärte Veleta, daß die Entsorgungsbetriebe Simmering jährlich 45.000 Tonnen Sondermüll umweltfreundlich beseitigen. Darunter befinden sich 15.000 Tonnen Spitalsmüll und Rechengut, die ebenso wie der andere Sondermüll in umweltfreundliche Fernwärme aufgehen. Unter den restlichen 30.000 Tonnen sind 5.300 Tonnen Sondermüll von 340 niederösterreichischen Betrieben. Die EBS übernehmen damit eine bedeutende Umweltschutzaufgabe auch für zahlreiche niederösterreichische Gemeinden. Mangels geeigneter Einrichtungen zur Beseitigung in den betroffenen Gemeinden hätte dort die Gefahr bestehen können, daß gefährliche Stoffe unkontrolliert irgendwo abgelagert worden wären. Die Lieferungen an die Firma Lassi machten nicht einmal ein Prozent des gesamten Sondermüllanfalls bei den EBS (ohne Spitalsmüll und Rechengut) aus.

Grundsätzlich müsse derzeit davon ausgegangen werden, sagte Veleta, daß jeder Geschäftsmann, der Sondermüll gegen Entgelt übernimmt, dafür verantwortlich ist, bis er ihn ordnungsgemäß entsorgt oder an einen anderen Unternehmer zur Beseitigung weitergegeben hat, dem dann die alleinige Verantwortung dafür obliegt. Die zuständigen Behörden forderte Stadtrat Veleta auf, ihre Aufsichtspflichten in diesem Zusammenhang besonders ernst zu nehmen. (Schluß) and/ko

NNNN

"Gnadenhochzeit" im Festsaal des Rathauses

=++++

9 Wien, 10.3. (RK-LOKAL) Bürgermeister Leopold GRATZ hat 175 Ehepaare, die in den letzten Monaten eine Jubelhochzeit gefeiert haben, zu einem kleinen Festakt in den Festsaal des Rathauses eingeladen. Unter den Ehrengästen befand sich auch ein "Gnadenhochzeitspaar". Aloisia und Alois ZEZULA, aus dem 9. Bezirk. Sie feierten Anfang des Jahres das seltene Fest der "Gnadenhochzeit", das ist der 70. Hochzeitstag. Die beiden haben einander 1913, also noch vor dem Ausbruch des ersten Weltkrieges, das "Ja-Wort" gegeben.

Bürgermeister Leopold Gratz würdigte die Leistung der älteren Mitbürger am Wiederaufbau der Stadt Wien aus dem Trümmern des Zweiten Weltkrieges und dankte den Jubilaren für ihren persönlichen Einsatz.

An der Feier nahmen Vizebürgermeister Dr. Erhard BUSEK, Landtagspräsident Hubert PFOCH, zweiter Landtagspräsident Fritz HAHN, GR. Dr. Erwin HIRNSCHALL sowie die Bezirksvorsteher bzw. Bezirksvorsteher-Stellvertreter der 23 Gemeindebezirke teil.

(Schluß) fk/gg

NNNN

Mayr: Positive Auswirkungen des Sonderbeschäftigungsprogramms

=++++

10 #Wien, 10.3. (RK-KOMMUNAL) Das Wiener Sonderbeschäftigungsprogramm zeigt schon jetzt in wichtigen Branchen der Wiener Wirtschaft positive Auswirkungen, erklärte Finanzstadtrat Hans Mayr Donnerstag bei einer Tagung der Betriebsräte der Steyr-Daimler-Puch AG in Wien. Wenn die Firmen wissen, daß der U-Bahn-Bau in den nächsten Jahren nicht auf Sparflamme gesetzt, sondern mit vollem Elan betrieben wird, so hat das schon jetzt große Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Personalreduzierungen brauchen nicht durchgeführt, geplante Kündigungen nicht ausgesprochen werden, betonte Mayr.#

Das gilt auch für den zügigen Ausbau der Fernwärme in Wien und für die enorme Ausweitung der Erhaltungsarbeiten bei den städtischen Wohnhäusern. Insgesamt beinhaltet das Wiener Sonderbeschäftigungsprogramm beschäftigungswirksame Ausgaben von fünf Milliarden. Davon werden eine Milliarde im Verlaufe des heurigen Jahres und im Winter 1983/84 eingesetzt, vier Milliarden werden in den nächsten Jahren über die normalen U-Bahn-Raten ausgegeben. Das Sonderbeschäftigungsprogramm wird dazu beitragen, daß in Wien - wie in den letzten Jahren - die Sicherung der Arbeitsplätze besser garantiert werden kann als in anderen Regionen Österreichs, schloß Mayr. (Schluß) sei/ap

NNNN

Gratz: Wirtschaft muß Umweltschutzkosten tragen

=++++

11 Wien, 10.3. (RK-POLITIK) Wiens SPö-Vorsitzender Bürgermeister Leopold GRATZ befaßte sich Donnerstag in einer Pressekonferenz mit einer Aussage von Bundeskammerpräsident Sallinger bei der Messeeröffnung. Sallinger hatte gemeint, die Wirtschaft sei für Umweltschutz, dürfe aber nicht stärker belastet werden als Konkurrenznationen. Der stellvertretende Wirtschaftsverbandsobmann und Vizebürgermeister Busek werde sich nun entscheiden müssen, meinte Gratz, ob er für Sallinger sei oder für das Verursacherprinzip. Das Verursacherprinzip, für das die SPö eintritt, sieht im Widerspruch zu Sallinger vor, das von der Industrie verursachte Umweltverschmutzung auch von der Industrie getragen werden müsse. Gehe man von diesem Prinzip ab, würden die Gegenmaßnahmen aus dem Budget getragen werden müssen. Dann aber dürfe Busek nicht das Zurückdrängen der öffentlichen Hand verlangen. Geklärtes Abwasser und Strom aus entschwefelten Kraftwerken wären eben teurer. In diesem Zusammenhang verlangte der Bürgermeister auch, die Sondermüllverwertung dürfe kein freies Gewerbe mehr sein. Man müsse die gesetzliche Lücke schließen und Firmen, die Sondermüll übernehmen, auch zur Beseitigung verpflichten. (Schluß) rđ/gg

NNNN

Hatzl: ÖVP-Vorschlag würde Mieten verteuern

=++++

12 Wien, 10.3. (RK-POLITIK) Wohnbaustadtrat Johann HATZL erklärte am Donnerstag in einer Pressekonferenz, er werde sich dafür einsetzen, daß die Obergrenzen für Mietzinse wie sie das neue Mietrechtsgesetz vorsieht bestehen bleiben und es zu keiner Verteuerung der Wohnkosten kommt. Eine Auflassung dieser Obergrenzen bei den Wohnungskategorien A und B, wie die ÖVP sie fordert, würde zu einer starken finanziellen Schwächung hunderttausender Mieter führen. Die sozialen Aspekte des Mietrechtsgesetzes würden zerschlagen und die Verteuerung auf dem Wohnungssektor unabsehbar. Die ÖVP habe sich in der letzten Zeit gleich in vierfacher Hinsicht gegen den sozialen Wohnbau ausgesprochen, sagte Stadtrat Hatzl. Die große Oppositionspartei sei

- o gegen den Neubau von Wohnungen im bisherigen Umfang
- o gegen die Mietzinsobergrenzen
- o gegen den mieterfreundlichen Erhaltungsbeitrag, der den Mietern bei der Reparatur von Häusern wesentliche Beträge erspart und sogar
- o gegen die Mietzinsbeihilfe.

Der ÖVP-Wohnbausprecher, erklärte Hatzl, sei nämlich für die Gründung eines Mietzinsfonds eingetreten, der über die frei vereinbarten Mietzinse gespeist wird. Damit dieser Fonds überhaupt gespeist werden könnte, müßten die Mietzinse horrend steigen, wäre dies nicht der Fall, wäre auch kein Geld zur Auszahlung der Mietzinsbeihilfe vorhanden.

Stadtrat Hatzl wies nochmals darauf hin, daß sich das neue Mietrechtsgesetz besonders im Bereich der Stadterneuerung bewährt habe. Erhaltungsarbeiten können nicht nur billiger als früher, sondern auch rascher und unbürokratischer vorgenommen werden.

(Schluß) ba/ko

NNNN

Ballkalender

=++++

Wien, 10.3. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende größere Ballveranstaltungen statt:

SAMSTAG, 12. März 1983:

Ball der "Schildhöfler" in Wien

Bezirksball der SPÖ Döbling

Ball des österr. Soldatenverbandes KIV

Ball der Wiener Tabakverschleißer

Ball der SPÖ Landstraße

Albert-Sever-Saal

Haus der Begegnung Döbling

Hotel Wimberger

Parkhotel Schönbrunn

Kursalon

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen

=++++

Wien, 10.3. (RK-TERMINE) In der kommenden Woche finden folgende Wiener Bezirksvertretungssitzungen statt:

DIENSTAG, 15. MÄRZ:

Leopoldstadt, 2, 16 Uhr, Bezirksvorsteherung 2

MITTWOCH, 16. MÄRZ:

Liesing, 23, 16 Uhr, Bezirksvorsteherung 23

DONNERSTAG, 17. MÄRZ:

Margareten, 5, 17 Uhr, Bezirksvorsteherung 5

Führungen durch das Wiener Rathaus

=++++

Wien, 10.3. (RK-TERMINE) Führungen durch das Wiener Rathaus finden in der kommenden Woche jeweils Montag bis Freitag um 11 Uhr statt. Die Führungen beginnen in der Schmidthalle des Wiener Rathauses.

NNNN